



Beitrags- und Kassenordnung

1. Jedes Mitglied ist zur regelmäßigen Zahlung eines Mitgliedsbeitrages verpflichtet. Der Beitragssatz beträgt in der Regel 1 Prozent des Nettoeinkommens, mindestens aber 10,00 € pro Monat.
2. Geringverdienende zahlen auf Antrag einen verminderten Betrag. Der empfohlene Mindestbeitrag für Mitglieder, bei denen kein steuerpflichtiges Einkommen vorliegt, beträgt sechs Euro im Monat.
3. Der Vorstand ist berechtigt, auf Antrag für Personen mit besonderen finanziellen Härten (z.B. Sozialhilfe- oder SGB II-EmpfängerInnen) Ausnahmen hiervon zeitlich befristet zu vereinbaren (Sozialklausel). Der Vorstand entscheidet auf einen entsprechenden Antrag im Einzelfall und legt die Entscheidung schriftlich nieder.
4. SchülerInnen werden beitragsfrei gestellt.
5. Der Beitragseinzug erfolgt in der Regel quartalsweise per Lastschriftverfahren. Der Quartalsbeginn ist gleichzeitig das Fälligkeitsdatum.
6. Hat ein Mitglied drei Monate lang keinen Beitrag gezahlt, erfolgt eine Mahnung. In diesem Schreiben wird eine Frist von zwei Wochen gestellt. Danach erfolgt eine zweite Mahnung mit dem Hinweis, dass ein Ausschluss erfolgt, wenn kein regelmäßiger Beitrag gezahlt wird. Erfolgt nach Ablauf eines Monats nach der 2. Mahnung keine Nachzahlung, so gilt dies als Austritt (siehe Kreissatzung).
7. MandatsträgerInnen von Bündnis 90/Die Grünen leisten neben ihren satzungsgemäßen Mitgliedsbeiträgen Sonderbeiträge an die Partei. Die Höhe der Sonderbeiträge beträgt ein Drittel der Aufwandsentschädigungen.
Diese Regelung betrifft alle Ratsmitglieder, Bürgermeister und Stellvertreter sowie Tätigkeiten in Aufsichtsräten, Sparkassenverbänden und Zweckverbänden.
8. Die Mitglieder erhalten nach Ablauf des Jahres über alle eingezahlten Beiträge, Spenden und Sonderzuwendungen eine Spendenbescheinigung.
9. Der Kassierer des Ortsverbandes legt der Mitgliederversammlung bis zum 31. März des Jahres einen Rechenschaftsbericht über das Vermögen sowie die Einnahmen und Ausgaben nach Maßgabe der Bestimmungen des Parteiengesetzes ab.

Beschlossen auf der Mitgliederversammlung am 03.04.2009